

Das Bochumer Friedensplenum bittet die Delegierten des SPD-Unterbezirksparteitags, folgenden Antrag zu stellen und zu beschließen:

### Antrag

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD- Unterbezirksparteitag lehnt die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan ab. Krieg und Gewalt sind keine Mittel, die afghanischen Konflikte zu lösen.

Der Unterbezirksparteitag fordert die Bochumer Bundestagsabgeordneten auf, bei der bevorstehenden Abstimmung im Bundestag über die Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan mit „NEIN“ zu stimmen.

Er fordert stattdessen, die frei werdenden finanziellen Mittel für zivile Projekte einzusetzen.

### Begründung:

Im Oktober wird der Bundestag entscheiden, ob die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan verlängert und mit der Aufstockung auf 4500 Soldaten ausgeweitet wird; möglicherweise geht es auch um ein Mandat für deutsche Besatzungen in Awacs-Aufklärungsflugzeugen.

Ein Blick auf die bisherige Entwicklung der Kämpfe zeigt: Mit jeder Truppenaufstockung auf Seiten der NATO nahm auch der Widerstand zu. Sicherheit und Stabilität sind in Afghanistan mit militärischen Mitteln nicht zu erreichen. Mehr Soldaten zu härteren Einsätzen bedeuten mehr Menschenopfer vor allem auch in der Zivilbevölkerung. Deutsche Awacs-Besatzungen würden mehr noch als die in Afghanistan bereits operierenden Tornado-Aufklärungsflieger hauptverantwortlich die Zielkoordinaten für Raketen- und Bombenangriffe liefern, unter denen besonders die Zivilbevölkerung zu leiden hat.

Der Krieg am Hindukusch verteidigt nicht unsere Freiheit: Er zerstört Afghanistan immer mehr. Er liegt im Interesse der Warlords, der Drogenmafia, der Rüstungsindustrie, der Ölkonzerne und der Politiker, die den Weltmarkt beherrschen wollen, nicht aber im Interesse der Afghanen und nicht im Interesse der Mehrheit der Bundesbürger. Umfrageergebnisse zeigen, dass die große Mehrheit der Deutschen diesen Krieg ablehnt.

Ein friedliches Afghanistan ist nur zu erreichen, indem ein ziviles Leben ermöglicht wird. Dazu braucht Afghanistan Wirtschaftsförderung und Unterstützung beim Aufbau von Schulen, Krankenhäusern, einer funktionierenden Justiz u.ä. Eine Aufstockung der deutschen Truppen um 1000 Soldaten aber würde allein mehr Geld kosten als die gesamte zivile Hilfe (2008: 125 Mio. ).

